

## Kinder / Jugend / Familie / Verwaltung

### Rat ö 24.04.2012

TOP: Ö 4.4

Gremium: [Rat der Stadt Osnabrück](#) Beschlussart: ungeändert beschlossen

Datum: Di, [24.04.2012](#) Status: öffentlich/nichtöffentlich

Zeit: 17:00 - 21:40 Anlass: Sitzung

Raum: Rathaus, Ratssitzungssaal

Ort: Markt, Osnabrück

[VO/2012/0830 Landesgesetzliche Grundlagen schaffen für die Verwendung von Grabsteinen ohne Kinderarbeit auf öffentlichen Friedhöfen](#) -

Status: öffentlich Vorlage-Art: Antrag

: Zählgemeinschaft SPD-Fraktion / Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Federführend: Fraktion B90/Grüne Geschäftsstelle Bearbeiter: Thiem, Klaus

---

#### **Beratungsverlauf:**

Herr Bajus begründet den Antrag namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und weist eingangs darauf hin, dass der Beschlussvorschlag nunmehr auch von der Fraktion Die Linken eingebracht werde. Er nimmt Bezug auf die Beschlusslage des Rates im Jahr 2009, die aufgrund rechtlicher Bedenken eine Änderung der Friedhofssatzung gegen die Verwendung von Grabsteinen aus Kinderarbeit auf öffentlichen Friedhöfen nicht ermöglicht habe. Gleichzeitig sei jedoch in der Sache ein Konsens im Rat hergestellt worden. Zwischenzeitlich seien im Saarland und im Land Bremen entsprechende landesgesetzliche Regelungen getroffen worden, die eine Ermächtigungsgrundlage für kommunale Friedhofssatzungen darstellen. Der Beschlussvorschlag ziele darauf ab, im Land Niedersachsen die Situation entsprechend anzupassen.

Frau Sliwka nimmt namens der FDP-Fraktion ebenfalls Bezug auf den Ratsbeschluss aus dem Jahr 2009; in Anbetracht der seinerzeitigen Konsenslösung in der Frage hätte sie eine Abstimmung des Beschlussvorlage im Vorfeld begrüßt.

Herr Cheeseman äußert sich namens der Fraktion Die Linke ebenfalls erfreut über die sich abzeichnende gemeinsame Beschlussfassung und stellt fest, dass eine entsprechende Initiative, die seiner seinerzeit im Rat zurückgewiesen wurde, von ihm bereits im Jahr 2008 vorgebracht wurde.

Herr Dr. E. h. Brickwedde stellt ebenfalls fest, dass das Thema nach ausführlicher Diskussion von allen Fraktionen einvernehmlich beurteilt werde.

Herr Henning verweist darauf, dass im Jahr 2009 aus rechtlichen Gründen eine Änderung der Friedhofssatzung nicht möglich gewesen sei; da es auch bisher keine Initiative des Landes Niedersachsen gebe, solle der Innenminister durch den Ratsbeschluss dazu aufgefordert werden, entsprechend tätig zu werden.

---

#### **Beschluss:**

Das Land Niedersachsen wird aufgefordert, die gesetzlichen Grundlagen dafür zu schaffen, dass Kommunen den Ausschluss von Grabsteinen, die unter Verletzung der ILO-Kernarbeitsnormen (u.a. ausbeuterische Kinderarbeit) hergestellt worden sind, in ihren Friedhofsatzungen verankern können. Vergleichbare Regelungen gibt es inzwischen im Saarland und im Land Bremen.

---

**Abstimmungsergebnis:**  
Einstimmig **angenommen.**